

Wachstum und Fortschritt jenseits des Kapitalismus? **[Teil 1]**



© Renate Franke/pixelio.de

**Ein Gespräch zur Einführung mit den
Professoren Christoph Deutschmann und
John P. Neelsen vom Institut für Soziologie
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

Geführt und aufgezeichnet
für das Soziologiemagazin
von Konstantin Decker und
Maik Krüger am 24. Juli 2012.

Soziologiemagazin: *Wenn man sich die öffentliche Berichterstattung über die deutsche Wirtschaft anhört und darüber, wie es ihr geht, spielt das Kriterium des Wachstums offensichtlich eine große Rolle. Man macht sich Sorgen darum, ob die Wirtschaft wächst, und wenn sie nicht wächst, ist es ein Anzeichen für Probleme. Unsere erste Frage wäre also zunächst: Was genau wächst da oder soll wachsen, und warum ist es so wichtig in unserer Gesellschaft, dass es dieses Wachstum ständig geben muss?*

Deutschmann: Die übliche Antwort, die man jeden Tag im Fernsehen oder in Zeitungen bekommt, ist: „Es wächst oder stagniert oder schrumpft das Bruttosozialprodukt.“ Wobei man hier noch einmal unterscheiden kann zwischen der absoluten Größe des Bruttosozialprodukts und dem Bruttosozialprodukt pro Kopf, das wäre die sogenannte Produktivität. Wachstum kann einerseits darauf zurückzuführen sein, dass die Bevölkerung wächst. Wenn dann jeder das Gleiche macht und sich nichts verändert, dann wächst auch das Bruttosozialprodukt. Aber es kann auch wachsen, wenn die Bevölkerung nicht wächst. Dann nimmt die Produktivität zu. Das ist die Antwort, die die Ökonomen uns geben. Das Kernproblem dabei ist: Was ist eigentlich das Bruttosozialprodukt? Das besteht aus Schweinefleisch, Autoreifen, Therapiestunden, Elektrizität und so wei-

ter. Das ist eine riesige Masse von irgend etwas, was man gar nicht zusammenzählen kann. Deswegen sagen uns die Ökonomen: Es geht nicht einfach um Materialität oder um das Physische – denn zum Teil handelt es sich um völlig Immaterielles, wie Dienstleistungen –, sondern es geht um den Wert aller dieser Dinge. Und den kann man eben nur in Geld messen. Beim Geld ist wiederum das Problem, dass der Wert des Geldes selbst schwanken kann. Deshalb versucht man, einen konstanten Geldwert zu fingieren und so wenigstens eine Näherung dafür zu finden, was da tatsächlich wächst. Das heißt also: Es wächst der Wert aller dieser Dinge, doch was der Wert eigentlich ist, kann niemand sagen.

Neelsen: Ich habe Ihre Frage viel konkreter verstanden. Doch zunächst noch eine Bemerkung zum Grundsätzlichen: Nach marktwirtschaftlicher Logik wächst die Wirtschaft, also das Bruttosozialprodukt, auch dann, wenn ich einen Unfall baue und Versicherungsleistungen eintreten. Herr Deutschmann hat es angedeutet: Es geht nicht nur um Warenproduktion, sondern auch um Dienstleistungen. Wenn also die Reinigungskraft unser Zimmer sauber macht, ist das eine Dienstleistung, für die sie bezahlt wird, und die das Bruttosozialprodukt erhöht. Unbezahlte Arbeit, wie gesellschaftlich notwendig sie immer sei, geht dagegen

überhaupt nicht in die Bildung des Bruttosozialprodukt ein. Aber davon unabhängig gilt für mich, dass es grundsätzlich die Produktion von Waren ist, die den Kern des gesellschaftlichen Reichtums darstellt.

Um zur Gegenwart zurückzukehren: Es geht in den Fällen von Spanien, Griechenland und Italien aktuell doch darum, dass diese Länder ihre Staatsschulden und die Bankenkrise nur über Wachstum bewältigen können. Die ganze Politik verfolgt den erklärten Zweck, Schulden und Wachstumshindernisse abzubauen mit dem Ziel, Investitionen anzuregen, um es diesen Ländern zu ermöglichen, aus den Schulden „herauszuwachsen“. Dabei wird weniger berücksichtigt, dass die aktuelle Krise große negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Das Augenmerk sollte also auch darauf gerichtet sein, dass es im Rahmen des Wachstums mehr Stellen bzw. mehr zu verteilen gibt. Die faktisch verfolgte Austerity-Politik [d.h. die Politik der wirtschaftlichen Einschränkungen oder Strenge; Anm. d. Red.] verfehlt aber offenbar beides, Wachstum des Bruttosozialprodukts und des Stellenangebots. So durchlebt Griechenland seit 2007 bzw. 2008 eine tiefe Rezession mit einer um ein Fünftel geschrumpften Wirtschaft und einer Jugendarbeitslosigkeit von 50%. Vor diesem Hintergrund wird darüber diskutiert, dass die Griechen keine

Chance haben, ihre Schulden zu bewältigen und dass daher über ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro nachzudenken sei.

Deutschmann: Zwei Punkte möchte ich auch bekräftigen: Erstens, Herr Neelsens Beispiel des Unfalls bestätigt, dass wir eigentlich gar nicht wissen, was da wächst, also was Wert eigentlich ist. Jedenfalls ist es nicht richtig, Wert schlicht und einfach mit Nutzen, Wohlfahrt, Reichtum oder Ähnlichem gleichzusetzen. Zweitens: Das grundsätzliche Problem im Falle Griechenlands wie auch in anderen Fällen ist, dass eine exzessive Verschuldung vorliegt, und zwar sowohl der Staaten als auch der privaten Unternehmen und Haushalte. Ein Abbau dieser exzessiven Schulden ist nur möglich, wenn die Unternehmen und Haushalte wieder etwas verdienen, wieder Gewinn machen. Damit sie Gewinn machen, müssen sie wachsen, müssen höhere Marktanteile erobern, sie müssen mehr verkaufen. Aus diesem Gewinn entsteht dann vielleicht die Chance, die Schulden abzubauen. Der Schuldendruck ist hier der Imperativ, der hinter dem Wachstumsimperativ steht. Die Beziehung zwischen Wachstum und Schulden ist jedoch sehr kompliziert. Schulden können, wie in diesem Falle, die Notwendigkeit von Wachstum erzeugen, aber umgekehrt ist Wachstum nur dann möglich, wenn andere Leute sich ver-

schulden. Man kann deshalb erst einmal festhalten, dass Wachstum ohne Schulden schlicht nicht denkbar ist. Wenn alle ihre Rechnungen bezahlen würden und niemand Schulden machen würde, dann könnte es auch kein Wachstum geben. Soviel ist sicher.

Neelsen: Ich würde hier doch differenzieren: Wenn ich als Unternehmer immer nur das investieren würde, was ich schon auf dem Konto habe, komme ich zu nichts. In Wirklichkeit geht es doch darum, Kredite aufzunehmen – um nicht den negativ konnotierten Begriff ‚Schulden‘ zu verwenden –, um produktive Investitionen zu tätigen, und nicht, um sie dem Konsum zuzuführen. Der Unternehmer geht davon aus, dass die Kreditzinsen, die gezahlt werden, niedriger sind als die Gewinnerwartung. Das ist nicht vergleichbar mit den Finanzen eines einzelnen Haushalts, der „nicht über seine Verhältnisse leben“, also möglichst keine Schulden machen sollte. So sind Schulden nicht gleich Schulden. Und was die Bankenkrise anbetrifft, wurde hier von Seiten der Banken die originäre Aufgabe der Kreditvergabe mit Spekulationsgeschäften vermengt.

Deutschmann: Eine Antwort haben wir also schon: Wachstum ist nötig, um Schulden zu bezahlen. Aber wo kommen die Schulden her? Da drehen wir uns im

Kreise, denn die Schulden ergeben sich ja wiederum aus der Notwendigkeit des Wachstums. Marx hat gezeigt, dass Arbeitskräfte und Produktionsmittel gewissermaßen getrennt voneinander auf den Markt kommen; dass man Arbeitskräfte als Waren auf dem freien Markt kaufen kann. Und diese Arbeitskräfte werden nur dann eingestellt, wenn sie einen Mehrwert erbringen. Rosa Luxemburg hat gezeigt, dass die Nachfrage nur dann gedeckt werden kann, wenn Unternehmen vorher Zahlungen geleistet haben, bevor sie überhaupt angefangen haben zu produzieren. Aber diese Nachfrage ist immer zu gering. Sie reicht niemals aus, um den Mehrwert abzudecken. Um dieses Problem zu lösen, gibt es überhaupt keine andere Möglichkeit als die Kreditaufnahme. Es muss sich in der Wirtschaft jemand verschulden, damit die Unternehmen Gewinn machen können. Der tiefere Grund ist also, dass wir Lohnarbeitsverhältnisse haben, und dass Arbeitskräfte und Produktionsmittel unabhängig voneinander auf den Markt kommen.

Wir versuchen einmal, das bisher Gesagte zusammenzufassen: Das Wachstum des Wertes fällt nicht unbedingt damit zusammen, dass Wohlstand für alle erzeugt wird oder dass mehr nützliche Produkte hergestellt werden, sondern das Wertwachstum wird zunächst in Geld bemessen. Und ob das

dann mit einem allgemeinen Wohlstand zusammenfällt, wäre dann die nächste Frage. Die zweite Auskunft war: Wachstum ist notwendig, weil kapitalistische Unternehmer_innen sonst gar nichts produzieren würden, wenn sie keine Aussicht darauf hätten, ihr Geld dadurch zu vermehren.

Deutschmann: Ja, sonst würden sie es gleich behalten. Es wäre dann unsinnig, das Geld dem Risiko der ganzen Prozedur auszusetzen.

Neelsen: Es geht aber im Sinne Ihrer Eingangsfragestellung auch um die Frage nach den Grenzen des Wachstums. Das Bruttosozialprodukt wird zwar in allen internationalen Statistiken als zentraler Indikator für Reichtum und Lebensqualität verwendet, doch gibt es zunehmend kritische Stimmen. Wenn wie von Sarkozy, dem eben abgewählten französischen Präsidenten, internationale Kommissionen eingesetzt wurden, um neue Konzepte zur Messung von „Reichtum“ und „Wohlbefinden“ zu entwickeln, hat dies angesichts niedriger oder gar stagnierender Wachstumsraten in den „reifen“ kapitalistischen Gesellschaften sicher auch eine ideologische Funktion. Doch daneben ist nicht zu vergessen, dass Wachstum immer auch Probleme mit der Umwelt und des Ressourcenverbrauchs mit sich bringt. Trotz solcher Diskussionen ist allerdings grundsätzlich festzuhalten,

dass Wachstum dem Kapitalismus immanent ist. Es kann keinen Kapitalismus ohne Wachstum geben.

Deutschmann: Das Wachstum ist eben nicht bloß eine Zielvorstellung, eine Norm, der wir irgendwie verfallen sind. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Leute sich darüber Gedanken machen, wie eine alternative Messung von Wohlstand aussehen könnte, aber ich glaube, das sind Gedankenexperimente ohne praktische Bedeutung. Der kritische Punkt ist, ob man solche alternativen Konzepte in der Realität durchsetzen kann. Und da stößt man auf das Problem: Was soll der Unternehmer, der seine Schulden zurückzahlen muss, der entscheiden muss, ob er Leute einstellen oder entlassen soll, mit einem solchen Indikator anfangen? Der Unternehmer kann sich davon nichts kaufen. Der Grund liegt also nicht in irgendwelchen falschen Zielvorstellungen, sondern er liegt schlicht in dem institutionellen Faktum, dass wir Kapitalismus haben, das heißt, einen universalen Markt, der alles bestimmt. Wir haben nicht nur Märkte für Produkte und Dienstleistungen, sondern auch für Arbeit, Boden, Produktionsmittel, also alles, was den Reichtum überhaupt hervorbringt. Die gesamte Gesellschaft ist dem Markt unterworfen, und das ist der Kern des Wachstumsproblems. Das kann man auch historisch

sehr gut belegen: Es gibt die im Auftrag der OECD durchgeführten Untersuchungen Angus Maddisons, und sie zeigen, dass bis zu dem Zeitpunkt, als die Märkte diesen umfassenden Charakter gewonnen haben – das war zu Beginn des 19. Jahrhunderts –, die Wirtschaft weltweit fast überhaupt nicht gewachsen ist. In Westeuropa gab es zwischen 1500 und 1800 einen leichten Zuwachs; über 300 Jahre hinweg etwa 60 Prozent – das ist überhaupt nicht viel. Ab 1800/1820 bis zur Gegenwart ist die Wirtschaft dagegen um den Faktor 15 oder 17 gewachsen. Das ist etwas völlig Außergewöhnliches. Man kann sich gar nicht vorstellen, dass das auf die Dauer so weitergehen kann. Der Zeitpunkt, an dem diese Wachstumsexplosion begonnen hat, bestätigt sehr gut Karl Polanyis These von der großen Transformation, die mit dem Übergreifen der Märkte auf Arbeit und Boden zusammenhängt.

Wie würden Sie die negativen Folgen des Wachstums umreißen?

Neelsen: Noch vor wenigen Monaten wurde bei den Treffen der G20 von der Notwendigkeit zur Korrektur der internationalen Ungleichgewichte in der Wirtschaft geredet. Man dachte dabei neben China vor allem an die BRD. Ich denke, zu Recht. Denn es geht darum, wo und in welcher Größenordnung die

Nachfrage besteht und wo, wie viel und unter welchen Bedingungen produziert wird. Im konkreten Fall der EURO-Krise bedeutet doch der (EU-interne) Außenhandelsüberschuss der Bundesrepublik zugleich den Import von Arbeitsplätzen, die anderswo wegfallen. Leider wird hierzulande weder dieser Aspekt, noch deren Hintergrund, nämlich das Niedrighalten der Löhne diskutiert, obwohl sie zentraler Gegenstand einer langfristigen Lösung sein müssten. Zweitens ist bekannt, dass – angesichts ungeheurer gewachsener Produktivität und eines Überangebots an Waren relativ zur Nachfrage – die Bedürfnisse oft erst stimuliert werden müssen, um die Waren absetzen zu können. Zu diesem Zweck fließen ca. 15% der Ausgaben großer Unternehmen in Werbung, was einer immensen Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums gleichkommt. Auf dieser Ebene spielt sich die tatsächliche Konkurrenz ab, und weniger über die Güterpreise, wie es die klassische Vorstellung will. Drittens ist die Entwicklung des Kapitalismus historisch mit den fossilen Energieträgern verbunden. Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass ca. 70% der CO₂-Emissionen von einem Sechstel der Weltbevölkerung ausgestoßen werden. Ihnen gegenüber stehen die Milliarden Menschen, vor allem der Dritten Welt, die eine nachholende Entwicklung und einen Lebensstandard nach dem Muster

der Metropolen anstreben. Die Senkung der CO₂-Emission wird dadurch zu einem großen Problem. Neben der dadurch verursachten Klimaerwärmung ist diese Entwicklung spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine Beherrschung der Natur übergegangen, die zwar mit natürlichen Stoffen arbeitet, aber diese in völlig neuen, in der Natur nicht vorkommenden chemischen Verbindungen kombiniert. Bei 80.000 bis 100.000 chemischen Stoffen kennt man nur von etwa 5% die Auswirkungen. Allein im Bereich der Agrarproduktion kann man nachweisen, dass der Einsatz von Chemikalien einen zentralen Faktor für die Umweltschädigung vor allem in der Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität darstellt. Ein weiterer Punkt ist, dass man klar zwischen effektiver und physiologischer Nachfrage unterscheiden muss. Denn nur, wo monetäre Nachfrage herrscht, gibt es auch ein entsprechendes Angebot. Oder anders gesagt: Viele Menschen können vor vollen Brotregalen verrecken, wenn sie nicht das Geld haben, das Brot zu kaufen.

Deutschmann: Wenn man nach den Folgen für die Gesellschaft fragt, muss man sich erstmal über die gesellschaftliche Einheit verständigen, über die wir reden wollen. Wenn man als Einheit eine Nationalwirtschaft definiert, dann kann genau das passieren, was Herr Neelsen

gesagt hat: dass das Wachstum der einen Seite als Kehrseite eine Schrumpfung der anderen Seite bedeutet. Und es spricht einiges dafür, dass wir zumindest in der Eurozone in den letzten Jahren so eine Situation hatten. Die Gewinne der deutschen Exportwirtschaft sind zum Teil zumindest die Schulden vor allem der süd-europäischen Volkswirtschaften. Aber die Grundfrage müsste lauten: Was heißt Wachstum, wenn wir von der Weltwirtschaft ausgehen? Hier kann kein Zweifel bestehen, dass dies nicht nur ein Nullsummenspiel gewesen ist. Wenn wir die letzten 100 bis 200 Jahre überblicken, ist die Weltwirtschaft als Ganzes stark gewachsen, und das hat nicht nur negative, sondern auch positive Seiten gehabt. Unsere gesamte moderne Zivilisation verdanken wir diesem kapitalistischen Wachstum. Ohne Wachstum hätten wir keine Eisenbahnen gehabt, keine Elektrizität, keine Chemie, keine Flugzeuge, kein Internet, keine Mikroelektronik. Das alles sind die Grundlagen unserer Zivilisation, wie wir sie heute so schätzen. Diese positiven, von uns allen meist als selbstverständlich unterstellten Seiten haben aber leider auch ihre Kehrseiten. Eine davon ist die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts – der fossile Energieverbrauch, die Abholzung der Regenwälder – und eine andere sind die exzessiven sozialen Ungleichheiten. Die Schwierigkeit liegt darin, dass man das

Positive und das Negative nicht so leicht auseinander dividieren kann.

Neelsen: Ich würde hier einen etwas anderen Standpunkt einnehmen. Ich teile die Meinung der großen historischen Gewinne des Kapitalismus. Meiner Ansicht nach wird jedoch jede Produktionsweise in ihrer geschichtlichen Entwicklung von einer zunächst progressiven, später von einer absteigenden, regressiven Phase abgelöst. Das gilt auch und vor allem für den Kapitalismus. Und ich sehe, zumindest was unsere Gesellschaft betrifft, nur noch Destruktivkräfte, auf jeder Ebene. Ich gebe jedoch auch sofort zu, dass es in Indien oder China sehr viele begeisterte Anhänger der freien Marktwirtschaft gibt. Diese Begeisterung teile ich überhaupt nicht. Es geht längst nicht mehr um den gesellschaftlichen Reichtum für alle. Wir brauchen den Kapitalismus nicht mehr, wir sollten ihn abschaffen.

Deutschmann: Dass es kippen kann, würde ich auch überhaupt nicht bestreiten und auch nicht, dass wir in den entwickelten Ländern in der Tat Symptome eines Umkippens haben, wo der Kapitalismus keinen Fortschritt, keine Entwicklung, keine Verbesserung mehr bringen kann. Da ist etwas dran. Das führt noch zu einer anderen Negativseite des Wachstums, nämlich dem Wachstumszwang. Der Kapitalismus funktioniert

eben nur so, dass versucht werden muss, neue Räume und Horizonte zu erschließen. Gelingt dies nicht, heißt das nicht, dass alles so weiterläuft wie bisher, sondern man stürzt ab. Doch selbst im Bezug auf die entwickelten Länder wäre ich mir nicht ganz so sicher wie Herr Neelsen, was die Destruktivität angeht. Momentan gibt es Anzeichen dafür, dass durch die Energiewende ein ganzer Sektor ein ziemlich profitables Geschäftsfeld entdeckt hat. Hieraus könnte sich ein neuer Wachstumszyklus entwickeln. Und selbst, wenn wir der Meinung sind, dass auch das nicht funktioniert, stellt sich die Frage, wie wir denn eigentlich den Kapitalismus abschaffen wollen. Das ist mir nicht klar.

Neelsen: Ich verweise auf Brecht: das Gleichnis vom Buddha im brennenden Haus. Wenn die Bude hinter Ihnen brennt, dann fragen Sie nicht, was draußen ist, sondern dann springen Sie.

Deutschmann: Der kapitalistische Wachstumszwang ist, wie gesagt, aus der großen Transformation entstanden, also aus dem Übergreifen der Warenform der Märkte auf die Produktionsbedingungen. Wenn man den Kapitalismus nicht mehr will, dann muss man die große Transformation, die Kommodifizierung, also die Verwandlung der Arbeitskraft und auch des Bodens

in Waren, wieder rückgängig machen. Wie will man das erreichen?

Neelsen: Ich würde nicht von einem Rückgängigmachen reden. Es geht darum, weiter voran zu schreiten.

Deutschmann: Das läuft aber auf dasselbe hinaus, wenn Sie dem Markt vorschreiben wollen, was er zu tun hat.

Neelsen: Nein, nein, ich rede vom Postkapitalismus. Was ist in unserem Leben eigentlich alles kommodifiziert worden? Das geht bis hin zum individuellen Alltag. Die Essenszubereitung ist keine Beschäftigung mehr; immer weniger Zeit wird in der Küche verbracht. Die Leute gehen in den Supermarkt und müssen das Essen dann nur noch in die Mikrowelle schieben. Die Frage eines Endes der Fähigkeit des Kapitalismus, immer neue Lebensvöllzüge, ja das Leben selbst, zu kommodifizieren, stellt sich in meinen Augen nicht. Ich denke eher, dass die materiellen Grundlagen einer Bedürfnisbefriedigung für alle, und damit die Voraussetzungen eines Endes der Ausbeutung von Arbeit und Natur, im Prinzip schon gegeben sind. Die Instrumentalisierung des Wirtschaftens zu individuellem Profitinteresse hat dagegen absolut destruktive Formen erreicht und selbst negative Sozialisationseffekte beim

Einzelnen hinterlassen. Daher bin ich der Meinung, dass über eine andere Gesellschaft nachgedacht werden muss. Zweitens: Sehen Sie sich die Welt an. In Nepal leben 92% auf dem Lande; in Indien, Schwellenland par excellence und zukünftige Weltwirtschaftsmacht, sind es 70%. Obwohl es gemessen am Brutto-sozialprodukt zu den zehn größten Wirtschaftsmächten zählt und seit zwei Jahrzehnten jährliche Wachstumsraten von mindestens 7% verzeichnet, arbeiten weiterhin rund 60% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Von einer Entwicklung zur urban-industriellen Gesellschaft kann keine Rede sein. In Deutschland ist der Durchschnittshof 57 Hektar groß, in Indien ist es weniger als ein Hektar. Wie können diese bei einem freien Weltmarkt überleben? 70% der absolut Armen und Hungernden leben auf dem Land, sie haben weder Zugang zu Strom noch genügend Nahrungsmittel. Welche Entwicklungsperspektiven haben sie? Wie sollen sie ernährt werden? Wo werden sie Arbeit zu angemessenen Löhnen finden?

Deutschmann: Die leiden alle an zu wenig Kapitalismus.

Neelsen: Ja genau, so können Sie das theoretisch ausdrücken.

Deutschmann: Das Problem ist nicht

der Kapitalismus, sondern, wie schon Lenin festgestellt hat, ein „zu wenig“ an Kapitalismus. Es gibt noch etwas Schlimmeres, als kapitalistisch ausgebeutet zu werden, nämlich: am Kapitalismus überhaupt nicht teilzunehmen.

Neelsen: Meine These ist allerdings auch: „New green deal doesn't work.“ Wir diskutieren nicht, dass hier ein neues Investitionsfeld entdeckt wurde. Es geht darum, ob im Rahmen des Kapitalismus, einschließlich des Emissionshandels, die Umweltproblematik, die er historisch verursacht hat und qua Funktionsmechanismen systemisch vorantreibt, überhaupt gelöst werden kann. Ich meine ganz deutlich: nein. Das ist schlichtweg eine Illusion. Nochmals: Kapitalismus als Produktionsweise brauchen wir nicht mehr. Aber Wachstum brauchen wir, besonders im Hinblick auf die weniger entwickelten Länder im Süden.

Deutschmann: Warum soll eine analoge Entwicklung wie in Europa zum Beispiel in Indien und Afrika nicht möglich sein? In China läuft es ja schon.

Neelsen: Sie unterschätzen die Formierung des globalen Marktes, will sagen: die Auswirkungen der heutigen Globalisierung des Kapitals. Denn anders als in der Vergangenheit, als sich der Kapitalismus zunächst in den nationalen Gesellschaften

entwickelte, wird er heute aus den Metropolen heraus unter kapital- und forschungsintensiven Bedingungen bei gleichzeitiger ungeheurer Kapitalkonzentration mit den transnationalen Konzernen als wichtigsten Trägern universalisiert. Das Ergebnis sind in die internationale Arbeitsteilung integrierte global cities wie Bangalore und Hyderabad, mit Mittel- und Oberschichtangehörigen, die nach Qualifikation und Konsumerwartungen kosmopolitischen Standards entsprechen. Daneben aber lebt die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf Dauer im informellen Sektor unter vor- und halb-kapitalistischen Verhältnissen. Statt der Überführung in Lohnarbeit stellen die kleinen Selbstständigen trotz zunehmender Verarmung wie eh und je rund die Hälfte der Erwerbstätigen. Da sieht man in der Tat voll klimatisierte Büros, Angestellte mit an unsere Gehälter reichenden Einkommen. Und dann kommen die Leute raus und steigen über Menschen, die da im Müll liegen und krank sind. Warum? Weil sich eben nur bestimmte Pole der Entwicklung herausbilden. Es handelt sich um entwickelte kapitalistische Verhältnisse, aber eben solche in der Peripherie als Kehrseite derer in den Zentren.

Deutschmann: Ich habe überhaupt nicht ausgeschlossen, dass kapitalistische Entwicklung phasenweise unter einer starken Planwirtschaft stattfinden kann, wie

in China. Aber Planwirtschaft ist ja noch nicht der Ausstieg aus dem Kapitalismus. Selbst wenn Indien wieder zu der früheren Planwirtschaft zurückkehren würde, wären sie ja nach wie vor Teil der globalen kapitalistischen Wirtschaft. Für mich ist der Unterschied zwischen Kapitalismus und etwas anderem nicht einfach der Unterschied zwischen Markt- und Planwirtschaft. Auch Planwirtschaft kann durch und durch kapitalistisch sein. Ich frage mich, wie man anders aus diesen Situationen, wie zum Beispiel in Indien, herauskommt, wenn nicht im weitesten Sinne kapitalistisch. Das muss nicht Laissez-faire heißen, das kann durchaus eine List'sches Entwicklungsmodell sein. Kapitalismus ist für mich nicht einfach Neoliberalismus. Kapitalismus heißt für mich auch nicht, das die im Augenblick dominierenden Konzerne und Kapitalgesellschaften für alle Zeit das Sagen haben werden.

Nun sind viele Dinge angesprochen worden; unter anderem, dass Wachstum im Kapitalismus kein kontingentes Ziel ist, sondern systemimmanent und keine Norm, die man abstellen kann. Das deutet darauf hin, dass die Wirtschaft eine gewisse Eigenständigkeit in unserer Gesellschaft besitzt und ihre Kontrolle den Menschen scheinbar abhanden gekommen ist. Die Politik kann in der jetzigen Krise die Missstände nicht beheben, sondern bringt Maßnahmen auf den Weg und wartet ab, wie sie wirken. Wie würden Sie diese Ei-

genständigkeit der Wirtschaft erklären und bewerten? Etwas naiv könnte man ja sagen: Die Wirtschaft ist von Menschen gemacht und kann daher auch anders gestaltet werden...

Deutschmann: Ich würde das aus einer anderen Perspektive beleuchten: Was würde es denn bedeuten, wenn wir die Wirtschaft unter Kontrolle hätten? Wenn wir sozusagen eine große Behörde hätten – meinetwegen auch demokratisch gewählt –, die in der Lage wäre, die Wirtschaft zu kontrollieren? Die dann beispielsweise jedes Jahr festlegen würde: So viel Kaffee können wir konsumieren, so häufig können wir unsere Wohnung mit neuen Möbeln ausstatten, so und so viel Nahrungsmittel in der und der Zusammensetzung können verzehrt werden. Ich glaube, das wäre gar nicht möglich, und niemand würde das wollen. Das ist ja gerade die Erfahrung aus dem realen Sozialismus. Es funktioniert nicht nur nicht, sondern es gibt keinen zentralen politischen Akteur, der in der Lage ist, das allgemeine Glück, die allgemeine Bedürfnisbefriedigung zu organisieren. Selbst wenn es ihn gäbe, würden viele Leute immer etwas anderes machen wollen. Das liefe auf einen dauerhaften Konflikt mit ungewissem Ausgang hinaus. Niemand kann ein Interesse daran haben, die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung völlig auszuschal-

ten. Es wäre schlicht unvereinbar mit dem persönlichen Autonomieanspruch, den jeder hat. Aber worüber man schon nachdenken kann, ist das Ausmaß dieser Unsicherheit. Kapitalismus ist eben nicht einfach nur mit Märkten gleichzusetzen. Märkte implizieren immer eine gewisse Unsicherheit, weil man nicht weiß, wie sie sich entwickeln. Aber kapitalistische Märkte enthalten eine Zusatzdosis an Unsicherheit, und diese ergibt sich aus dem Verkauf der Arbeitskraft. Niemand kann erschöpfend angeben, was man mit Arbeitskräften alles leisten kann. Dadurch kommt ein zusätzliches Unsicherheitsmoment ins Spiel. Wir müssen uns überlegen, wie man die Märkte eingrenzen kann, ohne deshalb auf die Idee zu kommen, dass wir alles perfekt organisieren und planen können.

Neelsen: Sie werden nicht überrascht sein, aber ich bin da anderer Meinung. Es geht um ein Wollen. Ich denke, man stellt die Frage der persönlichen Autonomie und deren Einschränkung unbewusst in den Vordergrund, weil man über die materiellen Bedürfnisse schon gar nicht mehr diskutiert, weil man Wahlmöglichkeiten hat. Gerade in unseren reichen Gesellschaften gibt es ein enormes Verteilungsproblem. Außerdem spielt die Bedürfnissteuerung eine ganz große Rolle, so dass man das Konzept der Autonomie vielleicht doch etwas relativieren sollte.

Es gibt bestimmte Entscheidungszwänge. Ich denke, dass der Pfad, auf dem wir uns derzeit befinden, in die Irre führt.

Deutschmann: Menschliches Handeln setzt immer Autonomie voraus, aber immer nur im Rahmen der gegebenen Bedingungen und Verhältnisse. Aus der Autonomie des Handelns gehen dann auch die Veränderungen der Verhältnisse hervor. Aber, und deshalb sind wir ja Soziologen: Die Verhältnisse selbst sind nichts Naturgegebenes. Angewendet auf den Kapitalismus heißt das, dass wir uns tatsächlich dafür verantwortlich fühlen müssen, wenn große Teile der Weltbevölkerung ihre elementaren materiellen Bedürfnisse nicht decken können. Die Verhältnisse müssen dann eben so verändert werden, dass niemand mehr hungern muss. Aber wie kommen wir dahin? Niemand hat im Moment ein Patentrezept dafür. Es reicht ja nicht aus zu sagen, man sei gegen den Kapitalismus. Auf diese Position kann man sich zurückziehen und sich vielleicht als guter Mensch fühlen. Wenn man am nächsten Morgen aufwacht, wird man entdecken, dass man weiter auf Märkte und den Geldautomaten der Bank angewiesen ist. Die Frage, wie man die Verhältnisse verändert, ist damit nicht geklärt. Wie kann man diese Idee konkretisieren? Und von Herrn Neelsen habe ich, ehrlich gesagt, auch noch keinen Weg gehört.

Neelsen: Das eröffnet einen neuen Steinbruch. Natürlich habe ich konkretere Vorstellungen. Ich dachte allerdings, es geht erst einmal um die Problemдиаgnose, und dabei waren wir schon weiter gekommen. Daher bleibe ich noch bei der Frage von Herrn Decker. Unsere fünf Wirtschaftsweisen, die ja heute ihren Bericht vorgelegt haben, sagen, dass die Krisenbewältigungsstrategien der EU-Politiker und insbesondere der Bundesregierung den Fehler machen, dass sie nicht die Systemkrise im Blick haben. Radikalisiert und politisch gewendet: Wann, wenn nicht jetzt, sollten nicht

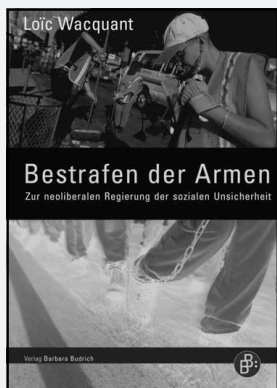
die Piraten, sondern die Linken enorm an politischem Terrain gewinnen? Das ist doch der Mutterboden, auf dem die antikapitalistischen oder die systemkritischen Bewegungen gedeihen sollten. Aber genau das ist nicht der Fall. Damit wären wir dann bei einem neuen Thema angelangt...

[...]

Teil 2 dieses Streitgesprächs erscheint zeitgleich mit dieser Ausgabe auf dem Blog des Soziologiemagazins unter:

<http://www.sozilogiemagazin.de/blog>

Vom „Verbrechen“ der Armut



LOÏC WACQUANT

Bestrafen der Armen

Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit

Aus dem Französischen von Hella Beister

2009. 368 S. Kt. 29,90 €

ISBN 978-3-86649-188-5

... atemberaubend spannend und in der Diagnostik faszinierend ...

Prof. Dr. Hans Peter Henecka



Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •

info@budrich.de

www.budrich-verlag.de

Zu den Interviewten:

Christoph Deutschmann, geb. 1946, ist emeritierter Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Tübingen und Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Arbeit, Technik und Kultur (FATK) in Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Arbeits- und Wirtschaftssoziologie.

Zugriff auf das Institutsprofil unter:

<http://www.soziologie.uni-tuebingen.de/institut/personal-nach-funktionen/prof-dr-christoph-deutschmann.html>

John P. Neelsen, geb. 1943, ist außerplanmäßiger Professor am Institut für Soziologie der Universität Tübingen, darüber hinaus Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC und seinerzeit Gründungsmitglied des Forschungsinstituts für Arbeit, Technik und Kultur (FATK) in Tübingen. Er forscht unter anderem in den Bereichen der Politischen Ökonomie, Weltsystemanalyse, der Soziologie der Entwicklungsländer und der Globalisierung.

Zugriff auf das Institutsprofil unter:

<http://www.soziologie.uni-tuebingen.de/institut/personal-nach-funktionen/prof-dr-john-neelsen.html>

Zu den Interviewern:

Konstantin Decker, 28, Magister Artium, studierte Soziologie und Ethnologie an der Universität Tübingen. Seine wissenschaftlichen Interessenschwerpunkte liegen in der Soziologie industrieller Beziehungen, in der Wissenssoziologie und Staatstheorie.

Maik Krüger, 31, Magister Artium, studierte Soziologie, Politikwissenschaften und Psychologie an den Universitäten Rostock und Tübingen. Seine wissenschaftlichen Interessengebiete liegen vor allem in der Geschlechter- und Wissenschaftssoziologie. Zur Zeit ist er als Studienberater am Institut für Soziologie in Tübingen tätig; darüber hinaus ist er Redaktionsmitglied des Soziologiemagazins sowie Vorstandsmitglied des soziologiemagazin e.V.

Was bewegt uns?



Die internationalen Finanzmärkte sind zu einem einzigartigen Treibmittel des gesellschaftlichen Wandels geworden – und sind selbst schwer berechenbar. Sie haben Wachstum beschleunigt und Wohlstand begünstigt, und dann Wirtschaft und Gesellschaft in die Krise gestürzt. Um ihre janusköpfige Gestalt zu verstehen, müssen aber nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, institutionelle und kulturelle Faktoren einbezogen werden.

Im Zentrum des Bandes steht daher die Frage, welchen originären Beitrag die Soziologie zur Analyse moderner Finanzmärkte, ihrer Dynamik und Krisen leisten kann.

2012. 405 Seiten. 8 Abb.

€ 29,90

ISBN 978-3-593-39719-1



**JETZT NUR
€ 19,90
STATT € 49,90**

Ob Proteste gegen die Notstandsgesetze, Gewerkschaften, Antiatomkraft- oder Frauenbewegung: Deutsche Geschichte ist auch eine Geschichte sozialer Bewegungen und lässt sich nur in Auseinandersetzung mit ihnen erfassen und verstehen. Dieses Handbuch bietet einen umfassenden Überblick über die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und der DDR.

»Wer zuverlässige, kompakte und verständliche Informationen über Formen, Ziele und Bedeutung sozialer Bewegungen sucht, sollte zu diesem Standardwerk greifen.«

Süddeutsche Zeitung

2008. 770 Seiten. Geb. 98 Abb.

€ 19,90

ISBN 978-3-593-38372-9



campus.de

campus

Frankfurt. New York